

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert

Nun rufe ich die Zusatzpunkte 3 a und 3 b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Hans-Ulrich Krüger, Florian Pronold, Ingrid Arndt-Brauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Jutta Krüger-Jacob, Christine Scheel, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Europäische Finanzmärkte – Integration durch Wettbewerb und Vielfalt voranbringen

– Drucksache 15/5679 –

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Michael Meister, Heinz Seiffert, Leo Dautzenberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Volker Wissing, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Europäische Finanzmärkte – Integration durch Wettbewerb und Vielfalt voranbringen

– Drucksache 15/5677 –

Auch hier ist eine halbstündige Aussprache vorgesehen. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst dem Kollegen Hans-Ulrich Krüger für die SPD-Fraktion das Wort.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Der kann einem Leid tun!)

Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD):

Ich danke für den Trost vorab, Herr Dautzenberg.

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir mit unserem rot-grünen Antrag heute eine Magna Charta der europäischen Finanzmarktintegration beraten können. Dies hat Deutschland als größte Volkswirtschaft in Europa redlich verdient.

Durch die Umsetzung des FSAP auf europäischer Ebene sind verbesserte Rahmenbedingungen geschaffen worden, welche die europäischen Finanzmärkte und den Finanzplatz Deutschland vorangebracht haben und weiter voranbringen werden. Gerade Deutschland ist einer der bedeutendsten Produktionsstandorte für Finanzdienstleistungen in Europa. Der heutige Antrag trägt entscheidend dazu bei, unser Gewicht bei unseren Partnern in der EU angemessen einzubringen. Die Integration der europäischen Finanzmärkte stärkt auch ganz besonders die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland, sie fördert Wirtschaftswachstum und führt letztlich auch zu mehr Arbeitsplätzen.

Klar ist aber auch: Von einem mündigen und informierten Bürger kann bei der komplexen Vielfalt von Finanzprodukten nicht der gleiche Wissensstand erwartet werden wie bei einem Einkauf im Supermarkt. Unsere Aufgabe wird es daher sein, dafür zu sorgen, dass die Interessen der Finanzmarktakteure in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Somit gewährleisten wir mit unserem Antrag einen effektiven und leistungsfähigen **Verbraucherschutz**.

Dies wird offenbar, wie ich den Zwischenrufen entnehme,

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Hat doch keiner etwas gesagt!)

von den Fraktionen der FDP und der CDU/CSU so nicht mitgetragen. Ansonsten wären bestimmte Dinge nicht erklärbar.

Im Einzelnen begrüßen wir im Basel-II-Prozess, dass es nach langwierigen Verhandlungen gelungen ist, einen tragfähigen Rahmen für die Eigenkapitalanforderungen international tätiger Banken zu schaffen. Auch die sehr ausgewogene Lösung zur bankenaufsichtsrechtlichen Behandlung von Krediten an die mittelständische Wirtschaft ist hier zu nennen. Nun kommt es im Wesentlichen darauf an, diese Verhandlungserfolge bei der EU-Umsetzung zu sichern.

Der Zugang der Bevölkerung und der Unternehmen zur Vielfalt der modernen Finanzdienstleistungen ist zu garantieren. Es bestehen hier auf EU-Ebene durchaus noch Schwierigkeiten beim grenzüberschreitenden elektronischen Vertrieb sowie bei der Zulassung der grenzüberschreitenden Kontoeröffnung durch das Internet. Hier muss durch die EU-weite Umsetzung der bereits vorhandenen Richtlinien eine Vereinfachung für die Verbraucher und letztlich auch für die Banken geschaffen werden. Beide Gruppen werden dieses Angebot dankend annehmen und sich entsprechend verhalten.

Ein weiterer wichtiger Bereich, in dem die deutsche Finanzindustrie zu den Champions zählt, ist der der **Erst- und Rückversicherungsunternehmen**. Damit die

Dr. Hans-Ulrich Krüger

- (A) Marktstellung dieser Unternehmen nicht gefährdet wird, gilt es, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, zu sichern und zu fördern.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig! – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Im Hinblick auf die vorzuhaltenden Eigenmittel und anzuwendenden Berechnungsverfahren dürfen diese Unternehmen nicht überfordert werden. Gleiches gilt auch in Bezug auf unnötige bürokratische Hindernisse. Ausdrücklich begrüßen wir, dass die von der EU geplante Verschärfung der Solvenzvorschriften für Rückversicherungen für das Lebensrückversicherungsgeschäft kein Thema mehr ist.

Zur Regulierung von **Ratingagenturen** hat der Deutsche Bundestag bereits im Jahr 2004 beschlossen, internationale Verhaltensregeln zu fördern. Erfreulich ist, dass die in dem Beschluss formulierten Forderungen bei der Arbeitsgruppe der Vereinigung der Wertpapieraufsichtsbehörden Gehör gefunden haben und im Entwurf eines Wohlverhaltenskodex für Ratingagenturen berücksichtigt sind. Wir werden in den kommenden Jahren sehr genau prüfen, wie die Entwicklung auf dem Ratingmarkt vorangeht, und gegebenenfalls auch Vorschläge für eine europäische Lösung unterbreiten.

In der jüngeren Vergangenheit ist das eher kurzfristig angelegte Engagement einiger **Hedgefonds** zu Recht in Frage gestellt worden. Wie die „Wirtschaftswoche“ aktuell titelt, drohen dem mit 1 000 Milliarden US-Dollar Eigenkapital ausgestatteten Markt der Hedgefonds Schieflagen, die das weltweite Finanzsystem ins Wanken bringen können. Das muss ein deutliches Warnsignal auch an die deutsche Politik sein.

- (B)

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist das!)

Es ist deshalb notwendig, alles dafür zu tun, dass internationale Hedgefonds die gleiche Sicherheit bieten wie deutsche. Mit dem Investmentmodernisierungsgesetz ist es gelungen, moderne Bedingungen für Hedgefonds zu schaffen,

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Für Deutschland, ja!)

die für die europäische Regulierung von Hedgefonds wegweisend sein müssen.

So gibt es bei uns strenge Zulassungsprüfungen und es wird eine ständige Aufsicht über das Management verlangt. Es bleibt daher darauf zu achten, dass es zu einem ausgewogenen Ausgleich zwischen Anlegerschutz und Entwicklungsmöglichkeiten für den Kapitalmarkt kommt. Hierbei muss allerdings zusätzlich über Transparenzgebote und Offenlegungspflichten diskutiert werden. Auch dieses Anliegen sollte von Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition – so meine Bitte –, in Gänze mitgetragen werden, sodass ich Sie auffordern möchte: Ziehen Sie Ihren gleich lautenden Antrag zurück!

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Unserer war der erste, Herr Kollege! – Leo Dautzenberg [CDU/

CSU]: Ich habe Sie bisher für seriöser gehalten!) (C)

– Sie haben gleich die Möglichkeit, etwas dazu zu sagen. – Stimmen Sie unserem Antrag zu! Das ist konsequenter.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Thema „Clearing and Settlement“ verlieren. Für uns ist es sehr wichtig, dass bestehende und funktionierende Marktstrukturen nicht durch Maßnahmen aufgrund vorgeschobener Wettbewerbsargumente in Mitleidenschaft gezogen werden und dass vor einem Tätigwerden der Kommission eine Kosten-Nutzen-Analyse erfolgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie wissen, ist mit Beschluss des Europäischen Parlaments vom 31. Mai 2004 das **Lamfalussy-Verfahren** auf die gesamte EU-Finanzmarktrechtsetzung ausgeweitet worden. Was wir mit unserem Antrag aufgreifen und angreifen, ist die nach wie vor mangelnde demokratische Legitimation der so genannten Level-3-Committees im Rahmen des Lamfalussy-Verfahrens. In Deutschland haben wir ein gutes Forum geschaffen, auf dem gemeinsame Aufsichtsstandards entwickelt werden. So muss die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen bezüglich ihrer Mitarbeit in den Level-3-Ausschüssen dem Bundesministerium der Finanzen berichten, welches wiederum dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages Bericht erstattet. Langfristig muss aber ein demokratisch legitimes System einer europäischen Finanzaufsicht etabliert werden, das Aufsichtskonvergenz garantiert.

Der vorliegende Antrag ist mit allen vorgetragenen Grundsätzen und Überlegungen insgesamt ein würdiges Arbeitsprogramm für die EU-Finanzmarktintegration und die Rolle Deutschlands in diesem Prozess. Es ist daher schade, dass dieser Antrag von Rot-Grün nicht einstimmig von allen Fraktionen dieses Hauses verabschiedet werden kann. (D)

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Das hättet ihr machen können!)

Gleichwohl ist der Tag der Einbringung unseres Antrags ein guter Tag für Deutschland und, ich denke, auch ein guter Tag für Europa.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Das war unser Antrag!)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat der Kollege Leo Dautzenberg, CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Krüger, all das, was Sie vorgetragen haben, war in der Tat Inhalt unseres gemeinsamen Antrages. Aber gerade die kritischen Punkte, die dazu geführt haben, dass Ihre Partei und die

Leo Dautzenberg

- (A) Grünen ausgestiegen sind, haben Sie im Grunde genommen nicht erwähnt und erläutert.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Ist halt doch ein anderer Antrag!)

Vielmehr haben Sie nur darauf abgestellt, was wir bis zu einem bestimmten Zeitpunkt gemeinsam erarbeitet hatten. Dass wir heute über zwei unterschiedliche Anträge diskutieren, zeigt, wie kaputt die rot-grüne Koalition wirklich ist. Es herrschen Chaos, Konzeptionslosigkeit und Konfusion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Und uns Blockade vorwerfen!)

Das sieht man an der Entstehungsgeschichte der beiden vorliegenden Anträge.

Lieber Herr Kollege Krüger, man kann das, was Sie zu den einzelnen Schwerpunkten unserer beiden Anträge vorgetragen haben, voll unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bis vor zwei Wochen gab es nämlich einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen. Er beruhte insbesondere auch auf umfassenden Vorarbeiten der Union. Wir fühlen uns natürlich geehrt, wenn Sie in der Einleitung zu Ihrem Antrag davon sprechen, er stelle geradezu eine Magna Charta für den europäischen Finanzmarkt dar. Vielen Dank.

(Dr. Hans-Ulrich Krüger [SPD]: Und Verbraucherschutz!)

- (B) Sie aber haben die Umsetzung erschwert und sind von der eigenen Fraktion über den Tisch gezogen worden,

(Zuruf von der SPD: Waren Sie dabei?)

als es darum ging, die Bestimmungen zum Verbraucherschutz neu zu formulieren.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist das!)

Wie war jetzt die **zeitliche Abfolge**? Unser Antrag „Europäische Finanzmärkte – Integration durch Wettbewerb und Vielfalt voranbringen“ stammt vom letzten Jahr. Am 16. Dezember 2004 gab es darüber im Plenum die erste Debatte. Trotz des inkompetenten Vortrages Ihres Kollegen Pronold waren wir bereit, gemeinsame Berichterstattergespräche zu führen, die man normalerweise nach dem Vortrag des Kollegen Pronold so nicht geführt hätte. Ziel der Berichterstattergespräche war es, gemeinsame Positionen des Deutschen Bundestages zum Wohle des Finanzplatzes Deutschland in einem integrierten Finanzplatz Europa zu formulieren; denn Finanzmarktgesetzgebung war für uns Volkswirtschaftler immer sehr bedeutend und ist nach unserer Auffassung nicht für den politischen Streit geeignet. Dieser Vorstellung haben wir in der Vergangenheit, wenn auch manchmal nach langem Ringen, immer entsprochen.

Im Zusammenhang mit der Finanzmarktgesetzgebung will ich auch einmal die Mitarbeiter des Bundesfinanzministeriums und die Kollegen von SPD und Grünen loben, die dazu beigetragen haben, dass wir diesen

- gemeinsamen Status gehalten haben und in den letzten drei Jahren vorzeigbare Ergebnisse erzielt haben. (C)

Am 24. Mai, dem Tag der letzten Berichterstattergespräche, hatten wir uns auf einen Kompromiss geeinigt. Die Grundlagen für diesen gemeinsamen Status haben Kollege Krüger, Frau Krüger-Jacob, Kollege Wissing, meine Wenigkeit und Kollege Fahrenschoen gemeinsam erarbeitet. Sie haben alle Punkte genannt. Schwerpunkte waren Basel II, die Bankenstruktur in Europa, Regelungen für das Retailbankengeschäft, Schaffung eines Rechtsrahmens für Zahlungsverkehr in einem einheitlichen Zahlungsraum, Solvency II für das Versicherungswesen, Regulierung der Ratingagenturen und der Hedgefonds, Clearing und Settlement, Bewertung des Lamfalussy-Verfahrens – dabei waren wir der Auffassung, dass der demokratische Prozess darin gestärkt werden muss und es nicht einzelnen Spezialisten, die durch nichts demokratisch legitimiert sind, überlassen werden darf, nachher Regulierungen vorzunehmen – und eben auch die Zusammenarbeit zwischen Bundestag und Europäischem Parlament.

Was ist aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in der Zwischenzeit passiert? Die Finanzpolitiker von SPD und Grünen sind in der eigenen Fraktion niedergestimmt und bloßgestellt worden.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: So ist das! Nicht das erste Mal!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, Sie sind im Grunde fast schon zu bedauern, dass dies so geschehen ist. (D)

Zwei weitere Punkte möchte ich in diesem Zusammenhang noch festhalten: Erstens. Wir werden uns für die kommende Legislaturperiode merken, dass die Zusammenarbeit bei Finanzmarktthemen von Ihrer Seite unnötigerweise aufgekündigt worden ist.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Sehr bedauerlich!)

Zweitens ist es schon ein Bubenstück, wenn man den gesamten Antrag, der überwiegend von uns konzipiert worden ist, übernimmt und nur bei den Themenbereichen Verbraucherschutz, Hedgefonds und Bankenstruktur Verschärfungen vornimmt.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Und dann sagt, wir sollen den Antrag zurücknehmen!)

Es ging darum, dass wir ein – das ging mit auf Ihre Formulierung zurück, Herr Krüger – **angemessenes Verbraucherschutzniveau** haben wollen, weil wir wissen, dass zwischen Anbieter und Nachfrager ein gesunder Interessenausgleich bestehen muss. Je höher der Verbraucherschutz angesiedelt wird, desto teurer wird er für den Verbraucher. Wenn Sie da so hohe Hürden aufbauen, schließen Sie von vornherein automatisch Produkte aus, die es für die Verbraucher sonst auf dem Markt gäbe. Nicht akzeptabel ist „hohes Verbraucherschutzniveau“. Ihre Verbraucherschützer mögen damit zufrieden gestellt worden sein; aber das kann an sich nur eine hohle Phrase sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Leo Dautzenberg

- (A) Zweitens zur Konsolidierung des Bankenmarktes. Wir haben klar postuliert, dass unsere **Bankenstruktur** – das berühmte Dreisäulenmodell – in der Vergangenheit sehr positiv, auch international, auf unsere Volkswirtschaft gewirkt hat. Ebenso haben wir postuliert, dass sich die Politik, was die zukünftige Struktur anbelangt, hier sehr reserviert verhalten sollte. Nicht die Politik sollte hier maßgebend sein, sondern die Strukturen müssen sich bei den Banken selber und über die Eigentümer entwickeln. Als Bund haben wir in Bezug auf die Bankenstruktur vom rechtlichen Rahmen her auch nur die Möglichkeit, über § 40 KWG, wo es um den Schutz der Sparkassen von der Bezeichnung her geht, Einfluss zu nehmen. Sonst ist diese eine Säule, der öffentliche Bereich, zum größten Teil Länderrecht. Dieses Recht ist in den Bundesländern unterschiedlich ausgeprägt. Die Eigentümer der Institutionen sollten von sich aus über Strukturveränderungen befinden. Da sollte sich die Politik tunlichst nicht einmischen.

Wenn Sie diese Position streichen, dann bekunden Sie damit, dass Sie doch politisch Einfluss auf die zukünftige Struktur nehmen wollen. Es ist für uns eine Grundsatzzfrage, wenn solche Veränderungen in einem bisher gemeinsamen Papier vorgenommen werden sollen. Deshalb kann das von unserer Seite nicht gutgeheißen und mitgetragen werden.

Dann fordern Sie, dass manche Produkte und manche Vorhaben im Bankenbereich einer stärkeren **Aufsicht** unterzogen werden. Wir haben die BaFin als Allfinanzaufsicht.

- (B) (Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Die reicht!)

Sie ist geschaffen worden, um den gesamten Finanzmarkt Deutschlands – den Bankenbereich, den Versicherungsbereich, den Wertpapierbereich – zu beaufsichtigen. Was wollen Sie da – nach all den Diskussionen, die wir, gerade auch in Bezug auf die BaFin, geführt haben, bis hin zu Fachgesprächen mit Vertretern der Kreditwirtschaft und der BaFin, nach allem, was in dem Bereich schon erreicht worden ist – an Aufsicht noch toppen? Teilweise muss man eher feststellen, dass für die Entwicklung der Märkte schon zu viel Regulierung existiert.

Der dritte Punkt betrifft die **Hedgefonds**. Mit Recht haben Sie darauf hingewiesen – deshalb kann ich das relativ kurz machen –, dass wir den Bereich der Hedgefonds mit dem Investmentmodernisierungsgesetz national rechtlich gut geregelt haben. Es war immer das Bestreben sowohl der Kreditwirtschaft, der Finanzmarktseite, als auch – durch konstruktives Handeln – des Bundesfinanzministeriums, hier eine gemeinsame Grundlage zu finden. Wenn jetzt wieder mehr Regulierung verlangt wird, dann wäre es sinnvoll, wenn der Herr Bundeskanzler sich dafür einsetzen würde, den Maßstab, den wir jetzt national gefunden haben, zumindest auch europaweit und sogar international einzuführen. Das muss unser allgemeines Anliegen sein und nicht mehr Regulierung auf nationaler Ebene, was Sie mit Ihren Änderungen erreichen wollen. Das wäre der falsche Weg.

(Dr. Hans-Ulrich Krüger [SPD]: Nein!)

- Doch, Ihr Antrag enthält die Forderung nach zusätzlichen Regulierungen in unserem Land; wir teilen diese Auffassung nicht. – Wir wären wirklich ein großes Stück weiter, wenn diese Produkte hier produziert würden. Wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, dass unsere Basis auch die Basis auf europäischer und internationaler Ebene ist. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Da Sie von einer anderen Diskussion – Stichwort „Kapitalismuskritik“ – eingeholt worden sind: Wir sollten die Behinderungen in Deutschland nicht wiederum zum Maßstab machen.

Man hat Vorgänge bei der Deutschen Börse AG zum Anlass genommen, Hedgefonds zu kritisieren. Es gab in manchen Bereichen Missstände. Diese Missstände müssen wir abstellen. Die Vorgänge bei der Deutschen Börse AG taugen aber gerade nicht als Beispiel für das stark kritisierte Wirken der Hedgefonds. Die Hedgefonds haben ihren negativen Einfluss dort gar nicht geltend gemacht; vielmehr war ihre Beteiligung normal.

Empörender ist – das sollte uns Anlass zur Kritik geben –, dass der Aufsichtsrat – ihm gehören auch Gewerkschaftsvertreter an – Abfindungsverträge mit Vorstandsvorsitzenden, die keinem Maßstab standhalten, zu verantworten hat. Ich wiederhole: Gewerkschaftsvertreter haben daran mitgewirkt. Wenn Sie das in die Kapitalismuskritik einbeziehen, dann wären wir einen großen Schritt weiter.

- Ich komme zum Schluss. Mit dem Antrag, den wir gemeinsam mit der FDP vorgelegt haben, ist eine gute Grundlage für eine Magna Charta – so haben Sie es genannt – geschaffen. Sie haben das Ganze durch Ihre einseitigen, überzogenen Forderungen in Bezug auf Verbraucherschutz und Regulierung von Hedgefonds – Stichwort „Bankenstruktur“ – konterkariert. Deshalb können wir dem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen; wir bleiben bei unserem Antrag. Es wäre für die Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen gut, ihren Finanzpolitikern zu folgen; denn sie waren auf dem richtigen Weg. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun die Kollegin Jutta Krüger-Jacob, Bündnis 90/Die Grünen.

Jutta Krüger-Jacob (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gemäß dem Titel des vorliegenden Antrags muss es unser gemeinsames Ziel sein, Integration durch Wettbewerb und Vielfalt der europäischen Finanzmärkte voranzubringen. Wie ich Ihren Ausführungen entnehme, besteht hierüber noch immer Einigkeit, auch wenn die intensiven Bemühungen aller Mitwirkenden letztendlich nicht zu einem interfraktionellen Antrag geführt haben, was ich persönlich bedauere.

Jutta Krüger-Jacob

- (A) (Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Was ja nicht unsere Schuld ist! – Dr. Volker Wissing [FDP]: Das ist ja nicht unsere Schuld!)

Nicht zuletzt wegen einer gemeinsamen Zielsetzung konnten gemäß dem 1999 verabschiedeten EU-Aktionsplan für Finanzdienstleistungen bislang mehr als zwei Drittel der Maßnahmen zur Integration der europäischen Finanzmärkte abgearbeitet werden. Auch mit der Umsetzung in nationales Recht liegen wir sehr gut im Zeitplan: Wir haben die Hälfte der Vorhaben hierzu im deutschen Recht implementiert; der Rest ist in Bearbeitung.

Die europäischen Finanzmärkte zählen zu den führenden und leistungsfähigsten der Welt, auch wenn die rechtliche und tatsächliche Integration noch Divergenzen zeigt. Noch immer kann sich kaum ein Bürger vorstellen, eine nicht deutsche Lebens-, Unfall- oder Haftpflichtversicherung abzuschließen oder für seine Baufinanzierung ein ausländisches Produkt auszuwählen. Es wird unsere Aufgabe sein, diese Lücke durch Förderung von Transparenz zu schließen.

Wir müssen den Implementierungsprozess vorantreiben, weitere Hemmnisse beseitigen, gesetzliche Regelungen vereinfachen und dabei den Anlegerschutz stärken. Die deutsche Finanzwirtschaft hat aufgrund der Größe der nationalen Volkswirtschaft, der modernen technischen Infrastruktur und der gut ausgebildeten Mitarbeiter beste Voraussetzungen, um neue Standards in Europa entscheidend mitzubestimmen.

- (B) Der Finanzmarkt ist ein Schlüsselfaktor für Wachstum und Arbeitsplätze unserer Volkswirtschaft. Trotzdem besitzt Deutschland vor allem im Bereich der Finanzdienstleistungen noch Wachstumspotenzial: Das durchschnittliche Finanzvermögen pro Haushalt beträgt bei uns 37 000 Euro, während es in den Niederlanden bei 67 000 Euro und in Großbritannien bei 93 000 Euro liegt.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Das liegt an Rot-Grün!)

Angesichts der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und der dadurch bedingten voraussichtlich zurückgehenden Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungssysteme wird auch hier eine höhere individuelle Sparleistung nötig werden.

Bedarf besteht ebenso für die Unternehmen, die den Wandel vollziehen müssen, weg vom klassischen Bankkredit hin zu einer stärker kapitalmarktorientierten Unternehmensfinanzierung. Die Marktkapitalisierung ist in Deutschland bei weitem nicht so fortgeschritten wie in anderen europäischen Ländern. Mit derzeit lediglich 39 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen wir zum Beispiel weit hinter Spanien mit 76 Prozent.

Bei all unseren Bemühungen müssen wir stets auch die Interessen des einzelnen Bürgers im Auge behalten. Quasi jeder von uns ist vom Finanzmarkt betroffen, sei es als Arbeitnehmer, Aktionär, Bankkunde oder Versicherungsnehmer, sei es beim Aufbau von Vermögen für Investitionen oder die Altersvorsorge. Gemessen an der Bedeutung der Märkte für den einzelnen Bürger müssen

wir ein hohes Verbraucherschutzniveau anstreben – ein (C) Aspekt, den keine Fraktion unterschätzen sollte, da nur die Sicherheit aller Marktteilnehmer zur Stabilität des gesamten Finanzwesens führt.

Aus diesem Grund müssen wir auch darauf hinwirken, europaweit **einheitliche Aufsichtsstrukturen** zu schaffen. Das heißt nicht unbedingt eine singuläre Aufsichtsbehörde; wichtiger sind harmonisierte, zusammenwirkende Aufsichtsstrukturen, wie wir sie bei den Finanzkonglomeraten durchgesetzt haben.

Vor dem Hintergrund eines Anspruchs auf Sicherheit und Transparenz, dessen hohen Stellenwert die Diskussionen der letzten Wochen deutlich gemacht haben, ist für uns die Regulierung von **Hedgefonds** ein wichtiges Anliegen. Mit dem Investmentmodernisierungsgesetz haben wir Regelungen geschaffen, die wegweisend für eine europäische Regulierung sind. Wir müssen gerade angesichts der jüngsten Ereignisse und dem Finanzvolumen, das Hedgefonds zwischenzeitlich verwalten, darauf achten, dass für diese Fonds eine gemeinsame europäische Regulierung aufgebaut wird, und zwar im Einklang mit effizienten Entwicklungsmöglichkeiten für den Kapitalmarkt und den Anlegerschutz.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Heinz Seiffert [CDU/CSU])

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Dr. Volker Wissing (D) für die FDP-Fraktion.

Dr. Volker Wissing (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Rot-Grün heute den Antrag zu den europäischen Finanzmärkten gegen die Stimmen der Opposition in den Deutschen Bundestag einbringt, sagt viel über den Zustand der Regierungskoalition aus.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es! – Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Da hat er Recht!)

Seit Beginn der Kapitalismusdebatte wird der finanzpolitische Sachverstand von Rot-Grün immer mehr zurückgedrängt. Ich darf daran erinnern: Wir hatten ein abgestimmtes Papier.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es!)

Alle Fraktionen im Finanzausschuss waren sich einig, bis Ihre Verbraucherschützer über das Papier hergefallen sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es ist doch geradezu bezeichnend, dass das Leitbild eines **mündigen Verbrauchers**, der sich selbstständig informieren und eigenverantwortlich entscheiden kann, in Ihrem Antrag nicht mehr vorkommt. Das Leitbild von SPD und Grünen ist doch offenbar nicht der mündige Verbraucher, sondern der von Rot-Grün bevormundete Verbraucher. Rot-grüner Verbraucherschutz gaukelt den

Dr. Volker Wissing

- (A) Menschen eine Sicherheit vor, die es auf den Finanzmärkten nicht gibt. Ihr Verbraucherschutz ist kontraproduktiv.

Sie haben den Hinweis gestrichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger selbstständig informieren und eigenverantwortlich entscheiden müssen. Ich frage mich: Was haben Sie eigentlich für ein Bild von den Menschen in unserem Land?

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es!)

Kein staatliches Handeln kann Eigenverantwortung und mündige Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger ersetzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich frage mich, wie lange es noch dauert, bis sich diese Erkenntnis bei Ihnen endlich durchsetzt.

Für die FDP steht Verbraucherschutz – wie bei Ihnen – im Vordergrund. Aber er besteht für uns nicht darin, gebetsmühlenartig das Wort Verbraucherschutz zu wiederholen und in Anträge zu schreiben. Wer für die Verbraucher etwas tun möchte, muss sie offensiv informieren und auf Gefahren hinweisen.

Auch an anderer Stelle sind Ihre Änderungen bemerkenswert. Es war unter den Finanzpolitikern aller Fraktionen Konsens, dass **Konsolidierungsprozesse auf den Finanzmärkten** – Herr Kollege Dautzenberg hat das Thema schon angesprochen – eine Voraussetzung für Wachstum und neue Arbeitsplätze sind. Wir waren uns auch einig, dass diese Prozesse von der Politik nicht behindert werden sollten. Auch diesen Satz kann ich in Ihrem Antrag nicht mehr finden.

(B)

Was soll denn das für ein Signal sein? Planen Sie Interventionen à la Holzmann auf den europäischen Finanzmärkten? Wir sind gespannt, wie Sie Konsolidierungsprozesse in diesem Bereich aufhalten wollen. Mit einem neuen Staatsinterventionismus werden Sie keine Arbeitsplätze schaffen. Wachstum erreicht man mit dem Markt und nicht gegen den Markt.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist das! – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Vielleicht die SPD als Hedgefonds!)

Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, mag zwar zu der Heuschreckenrhetorik passen, die Sie in die politische Debatte gebracht haben. Er ist aber kein mutiger Schritt nach vorne. Er ist ein Schritt zurück. Er ist kein Schritt hin zu einem wettbewerbsfähigen Finanzplatz Europa. Deswegen haben nicht Sie, Herr Kollege Krüger, die Magna Charta eingebracht, sondern die CDU/CSU und die FDP.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Genau!)

Ihr Antrag ist Ausdruck rot-grünen Bedenkenträgertums.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Gabriele Frechen [SPD]: Sie haben die Menschen vergessen!)

– Wir haben die Menschen nicht vergessen.

(Gabriele Frechen [SPD]: Aber sicher!)

- Sie haben vergessen, dass die Menschen mündige Bürger sind und nicht von Ihnen bevormundet werden wollen. (C)

Unser Antrag ist besser. Wir haben die Nase vorn.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Zum Schluss dieser Debatte erhält das Wort die Kollegin Gabriele Hiller-Ohm für die SPD-Fraktion.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Die hat das Ding zu Fall gebracht! – Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Mit der wären Sie doch fertig geworden, Herr Kollege Krüger! – Gegenruf der Abg. Ute Kumpf [SPD]: Eine solche Äußerung dürfen Sie sich als Landrat nicht erlauben!)

Gabriele Hiller-Ohm (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Anträge der Opposition und der Koalition stimmen in weiten Teilen überein; das ist richtig. An einigen Punkten gehen die Forderungen an den europäischen Finanzmarkt jedoch deutlich auseinander.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Also doch!)

Wir wollen im Gegensatz zur Opposition auf EU-Ebene ein **hohes Verbraucherschutzniveau** schaffen.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Fragen Sie einmal Ihre Finanzpolitiker, was die dazu sagen!)

(D)

Wir werden auf keinen Fall zulassen, dass gute Standards in Deutschland dem Ziel eines gemeinsamen Finanzmarktes geopfert werden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Sie vertrauen der Position des Kollegen Krüger nicht!)

Warum ist eine gute Verbraucherpolitik in Europa wichtig?

Erstens. Verbraucherschutz fördert den Wettbewerb. Er macht die Vorgänge auf dem Markt transparent und verständlicher. Unseriöse Anbieter haben dann deutlich geringere Chancen.

Zweitens. Von einem gemeinsamen Finanzmarkt für die Menschen in Europa sind wir noch weit entfernt. Grenzüberschreitende Angebote werden nur zögerlich wahrgenommen. Warum? Es fehlt das Vertrauen. Wenn sich die Menschen darauf verlassen können, dass überall in der EU das gleiche hohe Verbraucherschutzniveau gilt, wird sich das Vertrauen in den gesamten Binnenmarkt zum Nutzen aller entwickeln.

EU-weite Finanzdienstleistungen sind deshalb bei uns Verbraucherschutzpolitikerinnen und -politiker in den Fokus gerückt. Wir haben wichtige Pflöcke eingeschlagen, um Transparenz, Vergleichbarkeit und Informationsmöglichkeiten für Verbraucherinnen und Verbraucher zu verbessern. Ich nenne als Beispiele die Richtlinien zum Fernabsatz von Finanz- und Wertpapierdienstleistungen.

Gabriele Hiller-Ohm

- (A) (Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das war aber nicht Gegenstand dieses Antrages!)

Hier wurden klare Verfahrensregeln und Informationspflichten europaweit eingeführt. Diesen Weg werden wir weiterverfolgen.

Zum Thema **Hedgefonds**. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Franz Müntefering haben es deutlich gemacht: Mächtige Spekulanten gefährden unsere soziale Marktordnung.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Sie haben die doch mal begrüßt!)

Hedgefonds spielen in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. Über ihre Sonderrechte können sie mit wenig Eigenkapital große Summen an Fremdkapital bewegen. Weltweit verwalten mehr als 8 000 Hedgefonds etwa 1 Billion Dollar. Die Kapitalmenge von Hedgefonds nimmt schnell Größenordnungen an, mit denen die Fonds den gesamten Finanzmarkt beeinflussen und Unternehmen durch Aktienkäufe unterwandern können.

Das passiert auch. Ich nenne ein Beispiel: Hedgefonds und andere Spekulanten haben sich in das deutsche Industrieunternehmen IWKA, ein gesundes Unternehmen mit rund 15 Prozent Kapitalrendite, eingekauft und den Vorstand zum Rücktritt gezwungen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Diese Möglichkeit müsste man mal bei der Bundesregierung haben!)

Geplant ist nun eine weitreichende Zerschlagung der Unternehmensstruktur, und dies, obwohl das Unternehmen Gewinn gemacht hat. Was dies für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet, kann man sich sehr lebhaft vorstellen.

Die große Gefahr ist die Intransparenz, mit der sich die Fonds auf dem Markt bewegen. Deshalb ist es richtig, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder die Offenlegungspflichten für Hedgefonds europaweit und international verschärfen will.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Welche denn?)

Konkret heißt dies, dass Meldepflichten bei der Aktienleihe und beim Erwerb wesentlicher Beteiligungen an Aktienunternehmen eingeführt werden sollen. Wir unterstützen dies mit unserem Antrag.

In den USA, dem Land des „ungezügelter Kapitalismus“,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Wie ist das eigentlich in Russland? – Weitere Zurufe von der FDP: Heuschrecken!)

ist man da übrigens schon ein Stück weiter. Dort gibt es diese Meldepflichten bereits. Bei Hedgefonds sind also nicht die USA, sondern ist die EU der unregulierte Markt. Das, meine Damen und Herren, muss sich schnellstens ändern – im Interesse europäischer Unternehmen, europäischer Arbeitsplätze und des europäischen Finanzmarktes. Deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht. Sie, meine Damen und Herren von der Op-

position, haben die Chance, unserem Antrag zuzustimmen. Tun Sie es doch einfach! Tun Sie etwas für den Finanzplatz in Europa! (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Aus Liebe zu Deutschland nicht!)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Jetzt können wir einmal sehen, wer welchen Empfehlungen zum Abstimmungsverhalten folgt.

Zusatzpunkt 3 a: Wir stimmen zunächst ab über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 15/5679 mit dem Titel „Europäische Finanzmärkte – Integration durch Wettbewerb und Vielfalt voranbringen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag angenommen.

Zusatzpunkt 3 b: Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP auf Drucksache 15/5677 mit dem Titel „Europäische Finanzmärkte – Integration durch Wettbewerb und Vielfalt voranbringen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer enthält sich? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist abgelehnt.